

Modell europäischer Streitkräfte

Der folgende Text ist die stark gekürzte Fassung von aktualisierten Überlegungen (Stand 2012), die zuvor bereits in unterschiedlichen Kontexten publiziert wurden.

Vorbemerkung

Mit dem hier vorgeschlagenen Modell integrierter, europäischer Streitkräfte wird der Anspruch erhoben, die militärische Komponente einer auf Ausgleich gerichteten Politik zu definieren. Es werden als Alternative zur etablierten Rüstung Strukturen benannt, die sich vornehmlich für Aufgaben des Schutzes und der Stabilisierung eignen: Strukturen, deren Realisierung eine Friedensdividende geradezu gigantischen Ausmaßes freisetzen würde.

Geleitet ist dieser Ansatz von der Überzeugung, dass nur konkrete Vorschläge rational diskutiert und kritisiert werden können. Von einem echten Diskurs über den militärischen Aspekt der sich entwickelnden Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union lässt sich allerdings nur unter Vorbehalt sprechen. Gleichwohl sind drei untereinander kontroverse Orientierungen zu erkennen, die im Folgenden skizziert werden:

Militärisch starke Interventionsmacht

Der Bezugsrahmen dieser Orientierung ist der in der Politikwissenschaft bekannten „realistischen Schule“ verpflichtet. Die Welt erscheint als ein Ort potenzieller Anarchie. Die wichtigsten Akteure auf der internationalen Bühne sind Staaten und Bündnisse, denen es immer wieder gelingen kann, Stabilität durch das Herbeiführen von Gleichgewichtslagen herzustellen. Dabei spielt militärische Macht eine Schlüsselrolle.

Die Gleichgewichtszustände sind jedoch temporär, da sich angesichts unterschiedlicher Entwicklungsprozesse die Machtverhältnisse verschieben mögen, womit dann wiederum das Abgleiten in allgemeine Unordnung droht. In diesem Bezugsraster erscheint es sinnvoll, sich eigener militärischer Stärke zu versichern.

Diese Diskurslinie trägt auf der Ebene der Politikformulierung zur Herausbildung eines schizophrenen Musters bei: Einerseits wird durchaus wahrgenommen, dass die Europäische Union einen die Sicherheit fördernden Einfluss vor allem als mächtiger Wirtschaftsblock entfaltet. Und ebenso scheint sich die Einsicht weitgehend durchgesetzt zu haben, dass die EU langfristig nur dann Chancen hat, sich zum einheitlichen außenpolitischen Akteur zu entwickeln, wenn sie sich dem Völkerrecht verpflichtet: also der Charta der Vereinten Nationen unterordnet.

Andererseits gibt es aber auch das Bestreben, die europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf eine Weise durch militärische Macht zu unterfüttern, die manche bereits von „Militarisierung“ sprechen lässt. Gemeinsame Verteidigungsanstrengungen haben – zumindest konzeptionell – Verfassungsrang. Zudem gibt es die Etablierung einer Verteidigungs- bzw. Rüstungsagentur (*EDA*), die einer militärisch gestützten Politik Rückhalt verleihen soll.

Orientierungsgröße der solchermaßen Gewicht erhaltenden Bemühungen um militärische Stärke sind eindeutig die USA. Mit ihnen möchte man sich auch auf diesem Gebiet messen können, um zumindest als Juniorpartner endlich ernst genommen zu werden. Man ist sich – trotz der jüngsten Krise – der ökonomisch-politischen Macht Europas bewusst, doch ohne einen Furcht einflößenden Knüppel fühlen sich wesentliche Teile der sicherheitspolitischen Elite nackt und bloß.

Obwohl man sich einerseits an internationale Regeln bindet, wird andererseits doch eine Nation zum Vorbild erkoren, deren Führung gelegentlich immer noch meint, überall auf der Welt aus eigenem Recht ordnend wirken zu können.

Wie denn die ersehnte militärische Macht genau beschaffen sein müsste, wird nicht weiter reflektiert. Naheliegend – und wohl auch im Interesse der Rüstungsindustrie – erscheint eine Nachahmung des US-amerikanischen Grundmusters: Aufklärungs- und Kommunikationsmittel globaler Reichweite, präzise Abstandswaffen und strategisch bewegliche Invasionskräfte mit aggressiver Durchsetzungsfähigkeit.

Diese Fixierung scheint sich offenbar auch dadurch nicht irritieren zu lassen, dass ein Blick auf die neueren internationalen militärischen Missionen, die von Mitgliedsländern bzw. der EU qua Bündnis wahrgenommen wurden oder werden, ein ganz anderes Rüstungsmuster nahelegt. Typischerweise – Großbritannien bildet mit seiner Beteiligung an der Irak-Invasion eine Ausnahme – handelt(e) es sich nämlich um Einsätze zur Friedensunterstützung, die eine dafür spezialisierte, robuste Ausrüstung, aber keinen High-Tech-Bewaffnungsmix erfordern. Die militärische Planung geht also an den eigentlichen Aufgaben vorbei.

Kompromisslos waffenlose Zivilmacht

Diese Diskurslinie bildet den Gegenpol zur „realistischen“. In ihrem Kontext erscheint dauerhafter Frieden machbar. Dabei kommt es entscheidend auf die Entwicklung internationaler Regelwerke und den Aufbau stabiler, Partikularinteressen überwindender Institutionen an („Institutionalismus“). Dieser Prozess kann langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn er sich auf demokratische Strukturen stützt, die wiederum sich nur entfalten können, wenn es ein Substrat sozial möglichst gerechter und ökologisch verantwortungsvoller wirtschaftlicher Entwicklung gibt.

Es gilt: Krieg ist nicht Menschheitsgeschick und keineswegs zur Rejustierung der internationalen Ordnung erforderlich. Wir haben es hier mit einer modernen Ausprägung jener Gedankenwelt zu tun, die sich von Überlegungen Immanuel Kants herleitet und die mit der Kurzformel „demokratischer Frieden“ bedacht wird

Eine besonders entschiedene Ausformung dieser Denkrichtung postuliert (im Gegensatz zu Kant, der im Übergang zu friedlicheren Zuständen ausschließlich zu Verteidigungszwecken verwendbare Streitkräfte akzeptierte), dass *jegliches* Militär in der Perspektive langfristig stabiler Friedensentwicklung kontraproduktiv sei. Um dieses Postulat zu stützen, werden zwei Wege gegangen:

Zum einen wird an nicht wenigen Beispielen demonstriert, dass militärische Interventionen, die zur Wiederherstellung des Friedens durchgeführt wurden, dies allenfalls nur in kurzfristiger Perspektive vermochten, langfristig aber ihr Ziel nicht erreichen konnten.

Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass die Ursachen von Konflikten, meist sind es innergesellschaftliche, die in bewaffnete Auseinandersetzungen ausarten, oft schon lange vorher bekannt sind. Weswegen es möglich sei, rechtzeitig mit nichtmilitärischen Mitteln einer gewalttätigen Eskalation präventiv zu begegnen.

Ein differenzierter, sich stabilitätsorientierter Politik einfügender Einsatz militärischer Mittel ist im Rahmen dieses Denkrasters nicht zu konstruieren. Streitkräfte erscheinen als eine Art *black box*, über die nachzudenken sich – außer unter dem Vorzeichen der Abrüstung – nicht lohnt. Denn sie sind immer irgendwie problematisch. Damit bietet sich hier eine umgekehrte Entsprechung zu dem zuerst skizzierten Diskussionsansatz: Auch die „Realisten“ reden (mit Kritikern) nicht gerne über die Spezifika von Streitkräften. Allerdings nicht, weil ihnen dies zuwider wäre, sondern weil es ihnen dabei um Herrschaftswissen geht.

Gemünzt auf Europa impliziert der hier umrissene Ansatz die Entwicklung einer Außen- und Sicherheitspolitik, die sich des Gebrauchs von Streitkräften enthält, also keinerlei Bedarf an

Bündnistruppen hat (wobei nationale Rüstungen ohnehin obsolet erscheinen). Die EU soll „Zivilmacht“ sein und sich ausschließlich auf nichtmilitärische Mittel stützen. Wenn überhaupt ein Militäreinsatz hingenommen werden könnte, dann nur in extremen Ausnahmefällen – und nur in der Regie der Vereinten Nationen (mit von diesen selbst alimentierten Truppen und im Stil polizeilichen Eingreifens).

Kongenial gerüstete Friedensmacht

Bei dieser Diskurslinie geht es keineswegs um einen Formelkompromiss – den Versuch, die anderen Ansätze gleichsam „in der Mitte zu vermitteln“. Nein, die nun interessierende Position ist – ähnlich der zweiten – der Denktradition des „demokratischen Friedens“ verbunden und von der empirisch fundierten Überzeugung getragen, dass Frieden machbar ist. Doch ganz im Sinne des von Kant mit dem Traktat „Zum ewigen Frieden“ vorgelegten Programms wird die militärische Komponente *nicht* ausgeblendet.

Militär ist kein einerlei. Es gibt bzw. gab Streitkräftestrukturen, die weitgehend auf die Defensive spezialisiert sind (oder waren): wie etwa die Armeen Finnlands, Österreichs sowie des alten Jugoslawien vor allem gegenüber dem Warschauer Pakt, die der Volksrepublik Vietnam und der Republic of China (Taiwan) angesichts der Herausforderung durch den großen Nachbarn im Norden. Sie haben bzw. hatten eine abhaltende Funktion, ohne zu bedrohen, und wirk(t)en dadurch stabilisierend, die Situation entlastend. Ihre Strukturprinzipien unterscheiden sich grundlegend von jenen Militärkonstrukten des Mainstream, die immer noch der Stammtischmaxime folgen, die den Angriff die beste Verteidigung sein lässt.

Verwandte Strukturüberlegungen, die während der Ost-West-Konfrontation als Antwort auf den damaligen Wahnsinn gute Konjunktur hatten (*Alternative Verteidigung*), sind konsequent weiterentwickelt worden.

Das Interessante ist, dass sich die dabei gefundenen Lösungen offenbar auch auf die Problematik der Friedensunterstützung durch die Weltgemeinschaft, auf innergesellschaftliche Konflikte und die Schutzbedürfnisse bedrohter Minderheiten übertragen lassen.

Es wird argumentiert, dass der *rechtzeitige* Aufbau einer abhaltenden, aber nicht provozierenden Defensive die Kontrolle über eigenes (staatliches) Territorium oder die Integrität von der internationalen Gemeinschaft erklärter Schutzzonen so stabilisieren kann, dass Eskalationsprozesse vermieden werden können und politische Verständigungsinitiativen überhaupt erst Spielraum bekommen. Dies entspricht einer wesentlichen Stoßrichtung der *AGENDA für den Frieden* des früheren VN-Generalsekretärs Boutros Boutros Ghali. Ein positives Beispiel: die Stabilisierung der „Früheren Jugoslawischen Republik Makedonien“. Ein negatives Beispiel, das allerdings das Argument für einen tauglichen defensiven Schutz stützt: die misslungene Sicherung von Sanktuarien in der ersten Phase der Balkankriege in den 1990er Jahren.

Bleibt das Petitum, frühzeitig mit nichtmilitärischen Mitteln Prävention zu betreiben, damit es zur Notwendigkeit eines Einsatzes von Streitkräften gar nicht erst kommen muss. Dem Vorrang ziviler Prävention wird nämlich auch von Exponenten dieser – dritten – Diskurslinie vorbehaltlos zugestimmt. Doch ergibt sich eine systematisch ernst zu nehmende Relativierung: Was, wenn bei rechtzeitiger Frühwarnung nach bestem Wissen und Gewissen ergriffene Maßnahmen der Konfliktdämpfung ihr Ziel verfehlen, weil die Verhältnisse vor Ort sperriger sind, als der gutwillige Akteur es sich vorstellen kann? Was, wenn es zu Massentötungen kommt, die aus moralischen Gründen, ohne umständliche Kalküle, sofort gestoppt werden müssten, die Vereinten Nationen zwar ein Eingreifen legitimieren, selbst dafür aber nicht genügend Potential haben?

Vor diesem Hintergrund entsteht das Wunschbild eines Europa, das sich als Kraft des Friedens bewährt und dabei, wenn nötig, auch militärische Mittel auf möglichst stabilitätsorientierte Weise einsetzen kann.

Eine reflektierte Stabilitätspolitik

Die Sicherheitspolitik der Europäischen Union sollte ihre in Ansätzen erkennbare integrale Vorgehensweise weiterentwickeln, indem sie diplomatisches, politisches, kulturpolitisches, ökonomisches und auch militärisches Handeln bündelt, um so die internationale Stabilität zu fördern. Die Europäische Union würde aufgrund ihres Interesses an einer tragfähigen internationalen Rechtsordnung und ausgewogenen multipolaren Beziehungen gewiss nicht von einer Außenpolitik profitieren, in der militärische Optionen dominieren.

Dies bedeutet zum einen: Die EU darf ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf keinen Fall durch militärische Machtprojektion absichern oder gar ausdehnen. Und zum anderen: Europas Streitkräfte sollten keine globale Reichweite besitzen. Von diesem Grundsatz muss es aber möglicherweise – besonders begründungspflichtige – Ausnahmen geben, wie beispielsweise die plötzlich notwendige Reaktion auf die Gefahr eines Genozids auf einem anderen Kontinent.

In der Regel aber sollte die europäische Verteidigungspolitik (abgesehen von der Verpflichtung zur weltweiten Katastrophenhilfe) ihre Ressourcen auf den eindeutig defensiven Schutz des eigenen Territoriums sowie auf ein eher begrenztes Potential im Hinblick auf Krisen an der weiteren Peripherie konzentrieren. Die produktive Sicht einer durch ausgewogene Multipolarität gekennzeichneten Welt lässt keinen Raum für Ansprüche auf Vorherrschaft – auch und gerade nicht der Europäer. Sie legt es vielmehr nahe, bei der Entwicklung und Konsolidierung anderer regionaler Sicherheitssysteme auf der ganzen Welt mitzuwirken, indem man auf bereits vorhandenen Strukturen in Südostasien, Süd- und Westafrika oder in Südamerika aufbaut und zwecks Stabilisierung der jeweiligen Situation ganzheitliche Unterstützung gewährt, anstatt die dortigen Rüstungswettläufe anzuheizen.

Die EU-Länder, welche die Schaffung gemeinsamer Streitkräfte unterstützen, würden einen *offenen Club* bilden und allen anderen den Beitritt unter zwei wesentlichen Bedingungen anheimstellen: Zum einen ginge es darum, dass Entscheidungen über die Anwendung militärischer Gewalt einer *Supermajorität* bedürften, wobei sich dies sowohl auf die Ebene der *Intergovernmentalität* als auch auf das – Kompetenzen gewinnende – europäische Parlament beziehen ließe.

Und zum anderen darum, dass der einzelne Mitgliedsstaat sich nicht ohne Zustimmung der anderen Mitglieder zusammen mit Nichtmitgliedern an einem Krieg beteiligen dürfte.

Die erste Bedingung leitet sich aus der Tatsache ab, dass die Frage von Krieg oder Frieden für alle an einem derartigen System Beteiligten einen sehr hohen Stellenwert hat, während die zweite darauf beruht, dass jedes Hinnehmen eines Sonderengagements die Lebensfähigkeit der gemeinsamen Streitkräfte sowie die Selbstachtung der Union aushöhlen würde.

Generelle Orientierung: vorbehaltlose Unterstützung der Vereinten Nationen und der OSZE als ihres europäischen Subsystems. Wenn langfristige Stabilität in einer multipolaren Welt das primäre Ziel ist, kann es keine gangbare Alternative zur Stärkung der Weltgemeinschaft und zur Herrschaft des – freilich weiterzuentwickelnden – Völkerrechts geben.

Das Schlechteste, was die Europäer tun könnten, wäre ein Konkurrieren mit den Vereinigten Staaten um militärische Macht. Erstens stünde dies in Widerspruch zu der Überlegung, dass die EU gut daran tut, eine Außenpolitik zu entwickeln, die vermeidet, sich militärischer Macht als einer allzu einfachen Rückfallposition zu bedienen. Und zweitens liegen die Vereinigten Staaten bei ihren Rüstungsausgaben mit so großem Abstand vor den Europäern, dass jedes Bemühen um auch nur ein begrenztes Aufholen erhebliche politische Risiken mit sich brächte. Dies könnte das Ende des Wohlfahrtsstaats und damit eines der wesentlichen komparativen Vorteile bedeuten, die Europa gegenüber den USA hat.

Der Unterschied bei den Verteidigungsausgaben ist in der Tat enorm. Im Haushaltsjahr 2010 belief sich das ordentliche Budget des Pentagon auf etwa das Zweieinhalbfache der entsprechenden Ausgaben aller EU-Länder zusammengenommen.

Defensive und Intervention

Welche Funktionen sollten der militärischen Komponente der Sicherheitspolitik Europas angesichts ihrer Selbstbeschränkung und der speziellen Rolle als Faktor regionaler Stabilität und internationalen Ausgleichs zugewiesen werden? Zunächst dürfte, und das ist wohl selbstverständlich, ein EU-Sicherheitsregime auf den Ebenen institutioneller Mechanismen und militärischer Strukturen weiterhin gewährleisten, dass bewaffnete Konflikte unter den Mitgliedsstaaten ausgeschlossen sind. Zudem sollten sich die gemeinsamen Streitkräfte Europas, bezogen auf das Bündnisterritorium, eindeutig auf Verteidigungsaufgaben spezialisieren, was den Schutz vor terroristischer Bedrohung einschließt.

Mit dieser defensiven Spezialisierung lässt sich weitgehend vermeiden, dass benachbarte Staaten und Regionen provoziert werden. Es würde also an den EU-Außengrenzen zur Stabilität beigetragen. Auch über das eigene Territorium hinausgehende militärische Interventionen müssten sich – bei aller für solche Einsätze erforderlichen strategischen Mobilität – dem Gebot des Stabilitätsbeitrages beugen.

Das eine denkbare Extrem bilden Interventionen mit Bestrafungs- oder (Rück-)Eroberungscharakter, die durch Kräfte ausgeführt werden, welche sich für intensiv-aggressive Kampfhandlungen besonders eignen. Derartige Missionen passen nicht in eine Konzeption, der es um die kongeniale Einfügung der militärischen Mittel in eine Politik des Ausgleichs geht.

Das andere Extrem sind die traditionellen Blauhelmeinsätze, bei denen es „nur“ darauf ankommt, ein Einverständnis einst streitender Parteien zu überwachen. Damit kann aber die Aufgabenstellung einer EU-Armee noch nicht erschöpft sein. Gibt es doch immer wieder Fälle, in denen in einen laufenden Streit oder zur Verhütung eines bewaffneten Konflikts, massiver als Blauhelme es können, eingegriffen werden muss.

Typischerweise wird in diesem Kontext auf die EU-Beschlüsse vom *Petersberg* verwiesen. Doch diese Legitimierung „robuster“ Einsätze ist so vage, dass damit auch wegen ihrer Provokativität problematische Missionen gerechtfertigt werden können. Deswegen ist zum einen eine Kasuistik von in der EU konsentierbaren Interventionen zu liefern und zum anderen ein Strukturkonzept adäquater Streitkräfte zu erarbeiten. Letzteres findet sich nachfolgend als Entwurf. Zunächst aber wird Erstere als vorläufige Liste präsentiert. Danach sollen Truppen der EU über Blauhelmfunktionen hinaus sieben Aufgaben erfüllen können:

- a) Militärische Absicherung von Handelssanktionen (die sich nicht gegen die Zivilbevölkerung richten), von Waffenembargos usw.
- b) präventive, defensive Dislozierung von Streitkräften in akut bedrohte Länder oder Regionen
- c) Evakuierung von gefährdeten Personen aus Gebieten, in denen Bürgerkrieg herrscht
- d) Errichtung und Sicherung von entmilitarisierten Zonen, die Kriegsparteien voneinander trennen
- e) Schutz humanitärer Hilfstransporte und von Sanktuarien, welche die Weltgemeinschaft deklariert hat
- f) Überwachung von Territorien, um Konfliktparteien unter Kontrolle zu halten
- g) Missionen der Zugangserzwingung, um die Aufgaben c-f wahrnehmen zu können

Anmerkung: Einige Teilnehmerstaaten wollen möglicherweise neben ihren Kräften für den europäischen Rahmen auch noch rein nationale Eingreifpotentiale aufrecht erhalten (etwa weil Teile ihres Hoheitsgebiets außerhalb Europas liegen). Auch mag man an seinem nuklearen Status festhalten. Derartige Extrawürste mögen als ungerechtfertigte Privilegien und als Integrationshindernis interpretiert werden.

Auf jeden Fall müssen Versuche, den französischen und britischen nuklearen Arsenalen

einen europäischen Anstrich zu geben (und sie damit zu stützen), vereitelt werden.

Europa ist keiner nuklearen Bedrohung ausgesetzt. Die *Beibehaltung von Atomwaffen ist politisch nutzlos und kontraproduktiv*, denn sie trägt nicht zur regionalen Stabilität bei und setzt ein falsches Beispiel. Europäische Atombomben würden eine EU-Sicherheitspolitik kompromittieren, die auf internationalen Ausgleich zielt.

Ressourcen, Personal, Budget

Wahrscheinlich würden die vorgeschlagenen europäischen Streitkräfte – entsprechende Entscheidungen vorausgesetzt – weit mehr als ein Jahrzehnt benötigen, ehe sie zu einem einigermaßen kohärenten Ganzen zusammengewachsen wären. Im Interesse eines soliden, datengestützten Kalküls wird jedoch angenommen, dass es eine vollgültige militärische Struktur bereits seit 2012 gibt.

Eine weitere Annahme besteht darin, dass sich fast alle Mitgliedsstaaten daran beteiligen und dass jährlich insgesamt 100 Mrd. € für die europäische Verteidigung zur Verfügung stünden, was nur etwa **0,77 Prozent des BIP** der gesamten EU von 2012 (13 Billionen €) entspricht – und damit *weniger als der Hälfte der tatsächlichen Militärausgaben*.

Eine Modellrechnung zeigt, dass dieser Betrag ausreichen würde, um Personal-, Ausrüstungs- und Betriebskosten für eine stehende Streitmacht von 800.000 Soldaten (etwa die Hälfte dessen, worüber die EU-Staaten heute insgesamt verfügen) zu decken. Ein Überblick über die Personalkosten (in Mio. €) stellt sich folgendermaßen dar:

<i>Personal</i>	<i>Kosten pro Kopf und Jahr</i>	<i>Anzahl</i>	<i>Summe</i>
Präsente Soldaten (einschl. 25.000 Dienstposten für Reservisten)	0,04	800000	32000
Zivile Verwaltung	0,05	200000	10000
Ruhegehälter/Versicherungen usw.			13000
Insgesamt			55000

Anmerkung: Die zugrunde gelegten Zahlen sind das Ergebnis einer Mischkalkulation auf der Basis einer Untersuchung wichtiger Verteidigungshaushalte in Europa. Das angewandte Schätzverfahren ist konservativ.

Nach Abzug der Ruhegehälter etc. von den 100 Mrd. € Gesamtausgaben bekommen wir mit 87 Mrd. € die Grundlage für weitere Kalküle. Es würden dann ca. 52 Prozent für andere Zwecke als die Gewinnung und Besoldung von Personal verbleiben (nämlich 45 von 87 Mrd. €). Eine plausible Annahme wäre, dass 24,5 Prozent für Betrieb bzw. Materialerhaltung und 27,5 Prozent für die Modernisierung der Streitkräfte (F&E/ Beschaffung) vorgesehen werden könnten.

Der angenommene Betriebskostenanteil ist angemessen für Streitkräfte, die zu Out-of-area-Einsätzen herangezogen werden. Und die für Forschung, Entwicklung und Beschaffung vorgesehenen Mittel wären, falls sie sich auf diesem Niveau halten ließen, ausreichend für eine fortlaufende Erneuerung im Hinblick auf den Primärzweck: die Friedensunterstützung.

Strukturen und Aufgaben

Zunächst ein Caveat: Eine Streitkräftestruktur, die nicht provoziert, die durch Spezialisierung auf eine stabile Defensive Unsicherheit nimmt und Prozesse weitgehender Abrüstung ermöglicht, gibt es in völlig reiner Form nicht. Ein gewisses Restrisiko lässt sich nicht vermeiden.

Dieses kann aber durch kluges Strukturdesign sehr gering gehalten werden. (Im Übrigen ist das, was von einem noch so behutsamen Einsatz von Streitkräften bei einer Mission der Friedensunterstützung an problematischen Signalen ausgehen mag, durch eindeutige Einbindung in ein politisches Gesamtkonzept aufzufangen.) Im Folgenden kann nur ein grober Eindruck von der Komplexität des Designs gegeben werden:

Auffällig ist, dass Streitkräfte, die sich auf massive Machtprojektion und weniger auf die Friedensunterstützung einrichten, einen starken Akzent auf die besonders hochtechnisierten und kapitalintensiven See- und Luftstreitkräfte setzen, während die Bodentruppen ein deutlich geringeres Gewicht erhalten.

Die British Army hält an den Streitkräften ihres Landes einen Anteil von unter 55 Prozent. Noch geringer ist das relative Gewicht der U.S. Army: um 35 Prozent (mit fallender Tendenz). Die Berücksichtigung des Marine Corps, das ebenfalls für Bodenoperationen in Frage kommt, hebt den Anteil nur auf etwa 45 Prozent der US-Streitkräfte. Allerdings kommen Zweifel auf, die Marines in diesem Kontext voll zu berücksichtigen: verfügen diese doch als Machtprojektionstruppe sogar über eigene Luftstreitkräfte.

Demgegenüber sieht das Modell künftiger Europäischer Streitkräfte einen Anteil der Landkomponente von 75 Prozent vor. Dies entspricht der Tatsache, dass die EU-Militäreinsätze typischerweise Überwachungs- und Schutzmissionen sind, die vorwiegend von Bodentruppen durchgeführt werden. Doch mindestens so wichtig wie die diskutierten Grobrelationen erscheinen Struktur und Bewaffnungsmix der Teilstreitkräfte.

Um mit den **Seestreitkräften** zu beginnen: Im Rahmen der hier entfalteten Konzeption ist Angriffsverbänden mit großen Plattformen wie Flugzeugträgern und Spezialschiffen für umfangreiche amphibische Landungen eine Absage zu erteilen. Worum es hauptsächlich geht, das ist die Aufklärung und aktive Kontrolle der europäischen und angrenzenden Seeräume durch ausdauernde Verbände, deren Einheiten in der Mehrzahl auch in Küstennähe operieren können.

Ziel: die Sicherung der Handelsströme insbesondere vor der Bedrohung durch Piraten und Terroristen (welch Letzteres übrigens auch die Forderung nach einer leistungsfähigen Kapazität zur Minen- und sonstigen Kampfmittelbeseitigung rechtfertigt). Zudem muss die Überwachung von Embargomaßnahmen der internationalen Gemeinschaft auf kosteneffektive Weise möglich sein.

Die **Luftkomponente** sollte ebenfalls wesentlich an den Aufgaben der Aufklärung und aktiver, nicht-provokativer Kontrolle orientiert sein. Mit zur Kapazität aktiver Kontrolle sollte die Befähigung gehören, über begrenzten Krisengebieten (oder auch heimatlichen Regionen) den Luftraum durch kleinere Verbände agiler Jagdmaschinen und eine Truppenflugabwehr für den unmittelbaren Objektschutz defensiv zu beherrschen.

Ein aufwendiges, bodengebundenes Luftabwehrsystem mit weitreichenden High-Tech-Raketen (insbesondere zur Raketenabwehr) ist wegen des Fehlens plausibler Szenarien abzulehnen.

Luftnahunterstützungs- und ganz besonders Strike-Elemente sind im Aufzug künftiger Euro-Luftstreitkräfte knapp zu halten, um den Gesamteindruck der Defensivität nicht zu kompromittieren. Sie rechtfertigen sich einzig aus der Überlegung, dass die prinzipielle Offenheit der Entwicklung eine gewisse Eigenkomplexität der Bewaffnung nahelegt.

Was die **Landstreitkräfte** betrifft kommt es vor allem darauf an, die Anforderungen flächendeckender Präsenz in Krisengebieten zum Zwecke der Friedensunterstützung und der gelegentlichen Unterdrückung von Widerstand gegen ruhestiftende Vereinbarungen in ein angemessenes Struktur- und Bewaffnungskonzept zu übersetzen.

Dazu empfiehlt es sich, eine relativ starke Patrouillenkapazität mit leichten Radpanzern aufzubauen, der auf Verbandsebene kleine Kontingente von Präzisionswaffenträgern organisch eingegliedert sind, um in Notfällen betont defensiven, an das Gelände angelehnten Widerstand zu ermöglichen: zur Deckung der Extraktion eigener gefährdeter Kräfte bzw. zum unmittelbaren Schutz akut bedrohter Schutzzonen oder Hilfskonvois.

Neben den die große Mehrzahl bildenden leichten Verbänden ist ein kleiner Kern

gepanzerten Kettenfahrzeuge erforderlich, um folgende Funktionen zu erfüllen: Brechung von Widerstand an Schwerpunkten, Rückversicherung von leichten Verbänden in unübersichtlichen Lagen, Eskalationskontrolle, Gewährleistung von besonderem Schutz bei Evakuierungen unter Bedrohung. Keinesfalls aber sollten schwere Kräfte zu raumgreifenden Angriffen verwendet werden (wogegen allerdings schon ihre begrenzte Anzahl und die strukturelle Einbindung in ein Defensivkonzept sprächen).

Schließlich: Die nicht auszuschließende Eventualität terroristischer Bedrohung verlangt zudem zweierlei. Zum einen sind Reserven einfacher Sicherungsinfanterie zum Objektschutz erforderlich (nicht im Sinne einer Übernahme polizeilicher Aufgaben, sondern als gesetzlich klar geregelte Assistenz), wären doch Polizeikräfte bei der Bedrohung von Zielen der Infrastruktur, wie z.B. des Eisenbahnnetzes, heillos überfordert. Zum anderen müsste es in relativ bescheidenem Umfang auch Spezialkräfte geben, die es auf heimatlichem Gebiet, aber auch bei Out-of-area-Missionen, mit unkonventionellen Herausforderungen aufzunehmen hätten.

Gliederung und Ausrüstung

Die stehenden Streitkräfte würden einen Personalumfang von 775.000 aktiven Militärpersonen zuzüglich 25.000 Dienstposten haben, die rotierend mit Reservisten zu besetzen sind: und zwar zur Auffrischung ihrer Ausbildung, als Vertretung im Einzelfall oder zur Auffüllung gekadeter Einheiten. Insgesamt steht ein Reservoir von 400.000 ausgebildeten Reservisten zur Verfügung. Die präsenten Streitkräfte bestehen aus zwei Hauptkomponenten:

- im Inland stationierten Unterstützungs- und Sicherungskräften
- Eingreifverbänden für die Verteidigung Europas an seiner Peripherie sowie für begrenzte Out-of-area-Einsätze

Die übergreifende *Unterstützungs- und Sicherungsorganisation* (nur hierauf bezogen: Aufhebung der Trennung in Teilstreitkräfte) umfasst 400.000 Personen in Uniform sowie 150.000 zivile Verwaltungsangehörige und hat folgende Funktionen:

- Grundausbildung von Rekruten
- Personalgewinnung (Auswahl) und Laufbahnlenkung
- Führung durch zentrale und regionale stationäre Stäbe
- strategische Aufklärung/Kommunikation (zentrale Einrichtungen)
- logistische und medizinische Versorgung (Hauptstützpunkte)
- territoriale Verteidigung (Objektschutz einschließlich Häfen) mit leichten, gekaderten Sicherungskontingenten: je nach Größe und Risikowahrnehmung der Mitgliedsstaaten
- Überwachung des EU-Luftraums mit bodengestützten Sensoren
- Bewertung und Beschaffung von Ausrüstung

Die *Eingreifkräfte (E)* umfassen ebenfalls 400.000 Personen in Uniform sowie 50.000 Zivilbedienstete (letztere ohne Auslandsverwendung) und bestehen aus einer Landkomponente (Personalstärke: 300.000 = 75 %) sowie Luft- und Seekomponenten (60.000 = 15 % bzw. 40.000 = 10 %).

Die für einen ***Einsatz am Boden*** vorgesehenen Kräfte verfügen über 28 Kampf- und 30 Unterstützungsbrigaden. Letztere sind alle in unterschiedlichem Maße gekadert.

Kampfbrigaden: 22 voll präsent und 6 gekadert. Die 6 gekaderten Brigaden bestehen aus leichtgepanzerten/motorisierten Verbänden und stützen sich auf Fähigkeiten und Kenntnisse erfahrener Reservisten, die sich freiwillig für Friedenserhaltungs- und Wiederaufbaueinsätze zur

Verfügung stellen. Truppenteile aus diesem Pool werden vornehmlich im Rahmen der Arbeit von PRTs (*Provincial Reconstruction Teams*) eingesetzt. Das Reservoir an *aktiven* Kampfbrigaden umfasst:

- 3x Spezialkräfte mit Eignung für Luftlande- und (taktische) amphibische Einsätze: zur Bandenbekämpfung, für Evakuierungen und zur Geiselnbefreiung
- 3x Panzeraufklärer auf Fahrzeugen, die denen der leichten, mechanisierten Verbände (siehe nächster Punkt) verwandt sind; zusätzliche Ausstattung mit landbeweglichen Robotern, Zweck: Informationsbeschaffung und Raumkontrolle
- 12x leichte, mechanisierte Infanterie (auf Radfahrzeugen; kein Fahrzeug über 12 t), für eine präventive Defensive, Verteidigung von Sanktuarien, Schutz von Kolonnen und großräumige Überwachung (Friedenserhaltung/Friedensunterstützung)
- 4x schwere, mechanisierte Kräfte (Kettenfahrzeuge) als Rückhalt leichterer Kräfte in Notfällen, für begrenzte (Gegen-)Angriffe auf Widerstandsnester sowie zur Evakuierung

Die 30 Unterstützungsbrigaden, die in unterschiedlichem Maße gekadert sind, umfassen folgende Großverbandstypen: Fernmelde (3), Logistik (6), Pionier (3), (Transport/Verbindungs-)Hubschrauber (3), Artillerie (5), Flugabwehr (4), Militärpolizei (4), ABC-Abwehr (2).

Diese Gesamtstruktur wirkt verhältnismäßig leicht und verfügt (einschließlich Materialreserven) beispielsweise nur über etwa 500, oder ein gutes Zehntel, der für die nationalen Armeen der EU eingeplanten Kampfpanzer. Die Führungsorganisation ist sehr flexibel und macht das traditionelle Schema mit Korps- und Divisionsstäben überflüssig. Auftragsorientierte Führungskomplexe stellen die Kräfte zusammen, die für eine bestimmte Aufgabe erforderlich sind und wählen die „richtige Mischung“ aus: auf Grundlage der aus Kampf- sowie Unterstützungselementen gebildeten *Matrix*.

Naturgemäß kann zu irgendeinem Zeitpunkt nur ein Bruchteil dieser Kräfte gleichzeitig deutlich vom Standort entfernt operieren. Unter Anwendung eines plausiblen mittleren Rotationsfaktors von 4,5 könnten – unter Heranziehung auch von Reservisten – Truppen in einer Stärke von bis zu 70.000 Soldatinnen und Soldaten über längere Zeit im Ausland unterhalten werden. Damit ließen sich im Extremfall zweieinhalb bis drei „mittelgroße“ Einsätze wie in den bekannten Krisengebieten des Balkans parallel bedienen.

Die **Luftkomponente** besteht ausnahmslos aus fliegenden Verbänden, da die Aufgabe der bodengestützten Luftverteidigung den Landstreitkräften zugewiesen ist. Sie verfügt ferner auch nicht über Hubschrauber, da diese aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ebenfalls der Landkomponente (wo sie von den anderen Teilstreitkräften „gebucht“ werden können) zugeordnet sind.

Da das Modell keine landgestützten Marineflieger vorsieht, hat die Luftkomponente auch die Fernaufklärung über See sowie zudem, falls erforderlich, die Bekämpfung von Seezielen zu übernehmen. Im Folgenden sind die Staffeln mit ihren Aufgaben aufgelistet (dazu: eine Staffel Tankflugzeuge):

- 5x operative Aufklärung: Überwachung des Luftraums sowie von Land- und Seebewegungen
- 5x taktische Aufklärung (z.T. Eloka/Unterdrückung gegnerischer Flugabwehr), partiell für den Einsatz über See, bemannte und unbemannte Systeme
- 15x Abfangjagd/Luftüberlegenheit für die defensive Kontrolle des Luftraums über EU-Gebiet oder in Krisenregionen
- 5x Luftnahunterstützung als flexible „Feuerwehr“ einer nicht-provokativen Verteidigung am Boden
- 3x Interdiction und Strike (einschließlich Einsätze gegen Seeziele)

Die durch die Luftkomponente bereitgestellte Transportkapazität stützt sich auf eine Kombination

von Flugzeugtypen unterschiedlicher Reichweite und Nutzlast: eine Halbstaffel mit schweren interkontinentalen Systemen, 4 Staffeln der kontinentalen Ebene und 6 weitere Staffeln für den operativ-taktischen Bereich. Zusätzlich: die bewährte Arbeitsteilung mit zivilen Lufttransportunternehmen.

Diese Luftkomponente stellt ein beachtliches Kampf- und Transportpotential dar. Ihre Stärke erscheint jedoch keineswegs übertrieben. Im Gegenteil: Der Bestand an taktischen Flugzeugen – Jägern, Jagdbombern, Aufklärern – beträgt etwa 500 Maschinen (einschließlich Reserven). Das entspricht einem Viertel der gegenwärtigen Bestände der EU-Mitgliedsstaaten.

Die vorgesehene Luftbetankungskapazität erhöht zwar die Flexibilität im Einsatz – reicht aber nicht aus, um massive Operationen offensiver Machtprojektion zu ermöglichen.

Und hinsichtlich der Lufttransportkapazität ist wichtig, dass sie für Einsätze der Katastrophenhilfe und für die schnelle Verlegung leichter Verbände im Anfangsstadium von Krisen genügen würde, nicht aber für größere (Straf-)Expeditionen.

Die *Seekomponente* verfügt über Einheiten, die weniger für eine Präsenz auf hoher See und Operationen über sehr große Entfernungen als vielmehr für die ausdauernde Kontrolle von Küsten und Seegebieten an der Peripherie Europas – insbesondere im Mittelmeer und den angrenzenden Bereichen – konzipiert sind. Entsprechende Schiffstypen:

- 20 Zerstörer und/oder Standardfregatten (3.000-5.500 ts Typverdrängung) für lang andauernde Kontrollaufgaben (Embargos!) und als Führungsschiffe für leichte Verbände
- 30 Korvetten/kleine Fregatten (1.000-2.999 ts) für Überwachungsaufgaben (Terrorismus/-Piraterie), vor allem auch in Küstengewässern
- 15 U-Boote (befähigt für längere Tauchzeiten und speziell konzipiert auch für flache Gewässer) als unsichtbare, nicht-provokative Vorposten mit ausgedehnter Einsatzdauer
- 30 Minensuch-/Minenjagdfahrzeuge

Zusätzlich sind 5 Mehrzweckschiffe für Katastrophenhilfe sowie 5 große Flottentender (zur Versorgung auf See) vorgesehen. Letzterer Vorschlag mit der damit implizierten eher begrenzten Bereitstellung hochseetüchtiger Versorger ist im Sinne einer Bremswirkung auf die strategische Reichweite der vorgeschlagenen Seestreitkräfte zu sehen. Hierzu passt, dass die ins Auge gefasste Anzahl von Zerstörern und Standardfregatten nur etwa einem Sechstel dessen entspricht, was die EU-Mitgliedsstaaten in ihrem Bestand haben.

Fragen der Integration

Sollen die europäischen Streitkräfte ein wirksames Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik der EU werden, erfordert dies ein beträchtliches Maß an struktureller Integration und das ständige Bemühen um noch mehr organisatorische Vereinheitlichung.

Teile der im europäischen Binnenland dislozierten Unterstützungs- und Sicherungsorganisation, die sich für eine weitgehende Integration eignen, sind das zentrale Hauptquartier, die strategische Nachrichtengewinnung und Kommunikation sowie die Überwachung des EU-Luft-raums. Eine zunächst zwar nur partielle, aber zunehmende Integration würde sich ferner bei Logistik und Rüstungsbeschaffung anbieten.

Bei den Eingreifkräften sollten alle operativen Stäbe multinational besetzt sein, wobei jedoch nicht notwendigerweise eine proportionale Vertretung aller Teilnehmerstaaten gegeben sein müsste.

Bei den Teilstreitkräften wäre die organisatorische Integration wohl unterschiedlich, und zwar aufgrund der bereits gewonnenen Kooperationserfahrungen sowie im Lichte nationaler Traditionen. Im Hinblick auf einen Einsatz oder eine Übung würde für die Seekomponente die

„Multinationalität“ oberhalb der Ebene des einzelnen Schiffes bzw. Bootes beginnen; bei der Luftkomponente wäre dies oberhalb der Staffelebene der Fall.

Bei den Truppen für den Einsatz am Boden, deren Verbände typischerweise eine relativ starke, traditionelle Bindung an ihre Region oder ihr Land aufweisen, wären Pläne für eine generelle Integration unterhalb der Brigade-Ebene sowie etwa auch eine rotierende Stationierung in absehbarer Zukunft unrealistisch.

Abgesehen davon sprechen auch Gründe der Praktikabilität (unzureichende Standardisierung grundlegender Verfahren) dafür, dass die Bodentruppen auf taktischer Ebene noch für relativ lange Zeit national homogen bleiben.

Insgesamt scheint es für die Integration vergleichsweise gute Chancen auf der operativen Ebene zu geben. Die Zusammenführung von Menschen aber – ihre *Vermischung* – wird vielleicht etwas aufgeschoben werden müssen, zumindest im Hinblick auf erhebliche Teile der Organisation.

Hinzu kommt ein Aspekt, der sogar zu der Frage veranlasst, ob eine totale Integration überhaupt wünschenswert ist. Die Mitgliedsstaaten der EU sind nämlich geteilter Meinung darüber, wie man am besten Personal für moderne Streitkräfte gewinnt. Wahrscheinlich werden noch für einige Zeit zwei verschiedene Modelle nebeneinander existieren: ein reines Freiwilligensystem und eine gemischte Struktur mit einer Komponente von Wehrpflichtigen. Dies muss sich jedoch auf die Sache der Streitkräfte Europas nicht unbedingt negativ auswirken.

Die Befürworter des ersten Modells würden weiterhin auf die Vorteile der längeren Ausbildung verweisen, während die Anhänger des zweiten behaupten mögen, dass die Wehrpflicht den Zugang zu einer breiteren Skala an Begabungen und Kenntnissen erschließt. Auf dieser soliden Grundlage würde man dann junge Menschen einladen, sich freiwillig für Aufgaben in der gemeinsamen Armee zu melden.

Generell erscheint die folgende Maxime sinnvoll: Jedes Teilnehmerland sollte seine komparativen Vorteile zum Nutzen des Ganzen in die Integration einbringen, auf weniger Gefragtes aber verzichten lernen. Dies mag sich auf bestimmte militärische Fähigkeiten, Organisationselemente (z.B. Truppengattungen), Rekrutierung und Ausbildung oder auch Ausrüstungsstandards beziehen.

Abrüstung und Umrüstung

Das avisierte Modell kombiniert drastische *Abrüstung* mit *Umrüstung*. Abrüstung findet sich in den beispielhaft erwähnten Verringerungen bei einer Reihe von wesentlichen Waffensystemen: fast neun Zehntel weniger Kampfpanzer, drei Viertel weniger taktische Kampfflugzeuge und fünf Sechstel weniger Standardfregatten/Zerstörer, als zum Bestand aller EU-Länder gehören. Ein solcher Schrumpfungsprozess führt in der Regel dazu, dass nur die neuesten Systeme behalten werden, was wiederum zur Folge hat, dass die verbleibenden Bestände im Durchschnitt erheblich moderner und leistungsstärker sind. Infolgedessen kann die materielle Ablösung verschoben werden und würde sich dann auf geringere Stückzahlen beziehen.

Gleichzeitig müsste ein – kleinerer – Teil der durch diese Verfahrensweise eingesparten Mittel in einen Umrüstungsprozess investiert werden, wobei der Schwerpunkt der Beschaffung bei Projekten liegen würde, die sich aus dem Modell und seinen stabilitätsorientierten Funktionen ableiten.

Es bedarf kaum einer besonderen Erwähnung, dass in einer sich integrierenden Struktur den Investitionen in vereinheitlichte Fernmeldemittel besondere Priorität zukommen müsste.

Ein weiteres, weniger triviales Anliegen würde die Aufklärung auf operativer Ebene sein. Diese ist für Einsätze regionaler Größenordnung notwendig, aber bisher in Europa vernachlässigt worden – und zwar anscheinend, weil die Entwicklung eines eigenständigen militärischen Satellitensystems bei der Statuskonkurrenz mit den USA erfolgversprechender schien.

Abgesehen von der Betonung von Aufklärung auf operativer (und übrigens auch taktischer)

Ebene sollten sich Beschaffungsmaßnahmen in erster Linie auf die Entwicklung der Ausstattung von leistungsstarken, leichten Kräften konzentrieren. Man denke z.B. an Korvetten für die Kontrolle von Küstengewässern oder an leichte, gepanzerte Radfahrzeuge für Friedensmissionen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die benötigte moderne Technik größtenteils recht robuster Natur ist. Aufwendige Komponenten mit Spitzentechnologie würden nur dort einbezogen werden, wo sie absolut notwendig sind (wie dies z.B. bei den Sensoren für die operative und taktische Aufklärung der Fall ist). Völlig anders würden die Dinge allerdings liegen, falls die Beschaffungspolitik auch weiterhin von vagen Visionen der Machtprojektion mit übergroßen Luft- und Seestreitkräften und der Fähigkeit zu Angriffen über weite Entfernungen geleitet wäre. Dies würde nämlich eine nahezu völlige Abhängigkeit von Spitzentechnologien und sich verschärfende Kämpfe um knappe Ressourcen implizieren.

Fehlschläge der Rüstungspolitik

Immer wieder ist behauptet worden, dass die *Europäisierung* der Rüstungsindustrien eine notwendige flankierende Maßnahme für die Schaffung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik und integrierter Streitkräfte darstelle. Ebenso wurde erklärt, nur eine internationale Fusion zusammen mit mehr Rationalisierung vermöchte eine für Europa lebenswichtige Rüstungsbasis zu bewahren. Nur solche gebündelten Produktionskapazitäten könnten die rechtzeitige Entwicklung von Rüstungserzeugnissen auf dem neuesten Stand der Technik zu relativ niedrigen Kosten garantieren.

Dies ist zum guten Teil falsch. Etliche Versuche, bestimmte Zweige der Rüstungsindustrien verschiedener Länder zu europäisieren, haben zu ernststen politischen, nationalistisch gefärbten Kontroversen geführt. Entsprechendes gilt noch mehr im Hinblick auf zahlreiche Pläne für die gemeinsame Fertigung und Beschaffung großer Waffensysteme.

Bei vielen dieser Vorhaben war das Chaos von Anfang an programmiert, weil vor der Inangriffnahme keine hinreichende Harmonisierung der nationalen militärischen Forderungen stattgefunden hatte.

Selbst in den immer wieder als Erfolg zitierten Fällen, die tatsächlich zur Koproduktion von Waffensystemen für die Streitkräfte von zwei oder mehr europäischen Staaten führten, sind die Ergebnisse mit erstaunlicher Regelmäßigkeit eher enttäuschend ausgefallen.

Die Produkte tendieren zu überhöhten Preisen, kommen viel zu spät, hinken oft hinter der technologischen Entwicklung her und entsprechen den Forderungen der Bedarfsträger nur teilweise. Das quadrilaterale Projekt EUROFIGHTER und der deutsch-französische TIGER (Kampfhubschrauber) sind besonders abschreckende Beispiele. Solche Systeme sind kaum konkurrenzfähig: vor allem deswegen, weil es weder vor noch während der Entwicklung Wettbewerb gab, der Anbieter als Monopolist auftrat.

Nicht alle Produkte europäischer Rüstungsproduzenten bleiben jedoch unter dem erforderlichen Niveau. Nationale Hersteller liefern nach wie vor gute Qualität. Man denke nur an italienische Schiffsgeschütze oder die deutsche Entwicklung von Panzerfahrzeugen, U-Booten und taktischen Aufklärungsdrohnen.

Eine Alternative würde darin bestehen, dass man eine integrierte europäische Doktrin für die gemeinsamen Streitkräfte als Basis für die Entstehung einer harmonisierten Beschaffungspolitik entwickelt. Den Europäern würde dies – auf der Grundlage ihres aggregierten Beschaffungsbudgets – enorme Kaufkraft auf den internationalen Märkten verleihen.

Dabei müsste es genauso legitim sein, in Russland wie in den USA oder in Europa zu kaufen. Dies mag die europäische Rüstungsindustrie dazu anspornen, konkurrenzfähiger zu werden (etwa durch Konzentrationsprozesse, die *nicht* zu Monopolen führen) oder es könnte ihr partielles Verschwinden zur Folge haben. Letzteres würde allerdings keine Katastrophe für die Wirtschaftskraft Europas bedeuten, denn der Beitrag der militärischen zur zivilen Technologie ist vernachlässigbar.

Merkposten

Unternommen wurde es, auf der Folie militärplanerischen Erfahrungswissens mit dem Motiv der Anregung politischer Phantasie eine praktische Vision alternativer Streitkräfte zu entwickeln: Vision als Abkehr vom Üblichen, praktisch im Sinne des fiskalisch und militärisch Realisierbaren. Es wäre unseriös, das Modell als eine Übergangslösung zur zügigen, totalen Abrüstung handeln zu wollen. Gibt es doch zumindest zwei Aspekte, die eine solche Perspektive unangemessen erscheinen lassen:

Zum einen: Das Modell will mehr sein als bloß ein Meilenstein auf dem Weg zur Abrüstung. Das mit ihm konzipierte Potential wird benötigt, um in ganzheitlich politischem Kontext zu sicherheitspolitischer Stabilität beizutragen. Die Welt ist nicht Friede, Freude, Eierkuchen. Sie muss erst friedlicher gemacht werden, und dazu dürfte es noch über einen längeren Zeitraum hinweg auch militärische Mittel brauchen.

Zum anderen: Der skizzierte Militärapparat und die entsprechenden Produktionsstätten sind von Menschen besetzt, die wie andere Beschäftigte auch halbwegs gesicherte Perspektiven haben wollen, um sich sinnvoll einbringen zu können. Der vorgeschlagene Schrumpfungsprozess ist bereits extrem radikal und bringt notgedrungen beträchtliche Härten mit sich. Diesen Prozess forciert fortsetzen zu wollen, provoziert die Frage, warum überhaupt ein in sich stimmiges Alternativmodell entwickelt wurde, wenn man ihm doch keine Entwicklungschancen einräumt.

Autor

Lutz Unterseher ist Soziologe, Organisations- und Politikwissenschaftler, war in der kommerziellen Sozialforschung und als Politikberater tätig. Er lehrt an der Universität Münster und lebt als Pensionär in Berlin-Spandau.

Neuere Buchpublikationen

Der Erste Weltkrieg. Trauma des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 2014.

Tiefschläge: Dem Feind in den weichen Unterleib. Zur Kritik militärischer Bedrohung gegnerischen Hinterlandes, Berlin 2013.

Frieden schaffen mit anderen Waffen? Alternativen zum militärischen Muskelspiel, Wiesbaden 2011.

Military Intervention and Common Sense, Cambridge, Massachusetts, 2009.